

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb
am 18.06.2020

Tagungsort: Konferenzraum 3 der Stadthalle Bielefeld
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Carsten Krumhöfner Stellv. Vorsitzender
Herr Hartmut Meichsner
Herr Werner Thole
Herr Steve Wasyliw

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Erik Brücher
Herr Hans-Jürgen Franz
Herr Holm Sternbacher Vorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Michael Gorny
Herr Dieter Gutknecht
Herr Klaus Rees

Bielefelder Mitte

Frau Barbara Pape

FDP

Herr Claus-Rudolf Grünhoff

Die Linke

Herr Peter Ridder-Wilkens

Von der Verwaltung:

Herr Moss Erster Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb und Beigeordneter Dezernat 4
Herr Bültmann Kaufmännischer Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb
Herr Peter Technischer Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb
Frau Weigandt Geschäftsführung Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb
Frau Klemme Immobilienservicebetrieb

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Sternbacher, eröffnet den öffentlichen Teil der 55. Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt er die form- und fristgerechte Einladung fest.

Herr Sternbacher teilt mit, dass zum Tagesordnungspunkt 5 noch ein Antrag der CDU-Fraktion gestellt worden sei (TOP 5.3, 11167/2014-2020).

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 54. Sitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes am 19.05.2020**

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 54. Sitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebs vom 19.05.2020 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2**Mitteilungen**

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3**Anfragen****Zu Punkt 3.1****Kostenentwicklung neue Feuerwache
(Anfrage der Fraktion Die Linke vom 06.05.2020)****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 10857/2014-2020

Nach Ansicht von Herrn Ridder-Wilkens seien die verschiedenen Szenarien („worst-case“, „real-case“) in der Antwort des Immobilienservicebetriebs nur sehr grob dargestellt. Er möchte wissen, welcher Ausgangswert den Kostenaufstellungen zugrunde liegt.

Zur Ermittlung des Ausgangswertes, so Herr Moss, gebe es unterschiedliche Parameter, wie den Bruttorauminhalt oder die Quadratmeterzahl.

Zunächst habe das Büro Drees & Sommer den Nettobetrag, sprich die reinen Baukosten, nach der DIN 276 ermittelt und dann die Bruttoumrechnung vorgenommen. Im Ergebnis belaufe sich der Ausgangswert auf circa 83 Millionen Euro.

Ergänzend verweist Herr Peter auf den ersten Satz der Antwort des Immobilienservicebetriebs. Dort werde der Ausgangswert genannt.

Herr Moss bietet Herrn Ridder-Wilkens an, gemeinsam mit Herrn Peter in seine Fraktion zu kommen und die Berechnung der Kostenaufstellungen darzulegen.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 3.2

Kostenentwicklung Gesamtschule Schildesche
(Anfrage der Fraktion Die Linke vom 06.05.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10858/2014-2020

Herr Ridder-Wilkens hält die Antwort des Immobilienservicebetriebs zu seiner Anfrage für ausreichend, sodass sich weitere Fragen erübrigen.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 4

Anträge

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 5

Umsetzung der BYPAD-Ziele, hier: Beschluss des Radverkehrskonzeptes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10675/2014-2020

Herr Rees merkt an, dass sich ein Fehler in den Änderungsantrag der Kooperation geschlichen habe. Anstatt „Die Verwaltung wird beauftragt, zum 30.06.2020 ...“ müsse es richtigerweise lauten „Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2020 ...“. Er bittet um Korrektur und entsprechende Berücksichtigung bei der Abstimmung über den Antrag.

Für die CDU-Fraktion teilt Herr Krumhöfner mit, sich zum Antrag der FDP-Gruppe enthalten zu wollen. Inhaltlich gebe es zur Beschlussvorlage über die Diskussionen in verschiedenen politischen Gremien hinaus nichts mehr zu sagen.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion (11167/2014-2020).

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

a) Auf eine sektorale Betrachtung der einzelnen Verkehrsarten (Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV, motorisierter Individualverkehr) zu verzichten.

b) Ein ganzheitliches Verkehrskonzept für alle Verkehrsteilnehmer zu erarbeiten, um ein koordiniertes Zusammenwirken aller Maßnahmen einer realistischen und zukunftsfähigen Mobilität in Bielefeld sicherzustellen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Vor der Entscheidung über den Antrag der FDP-Gruppe (11127/2014-2020) meldet sich Herr Grünhoff zu Wort. Der Antrag seiner Gruppe solle ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen dem Rad- und Autoverkehr bezwecken. Die Radverkehrsinfrastruktur solle deutlich verbessert werden, ohne dabei den motorisierten Verkehr zulasten des Handels und der Wirtschaft zu stark zu beeinträchtigen.

Beschluss:

Die Vorlage soll unter Punkt 4 Umsetzungsstrategie, Unterpunkt Infrastruktur zwischen Absatz 2 und 3 wie folgt ergänzt werden:

1. Für die im Zielnetzplan vorgesehenen Haupttrouten an den Ausfallstraßen wie Jöllenbecker Straße, Herforder Straße, Detmolder Straße und Gütersloher Straße sind Alternativrouten zu entwickeln, welche auf parallel verlaufenden Nebenstraßen und / oder Nebenstrecken verlaufen sollen.
2. Dabei sind auch Möglichkeiten zum einzelnen Flächenerwerb zu prüfen, damit diese Alternativ-routen keinen unzumutbaren Umweg für den Radverkehr darstellen. Das Ergebnis dieser Überprüfung ist den entsprechenden Gremien vorzustellen.
3. Bei Routen, bei denen eine Verknappung des Verkehrsraumes für den motorisierten Verkehr nötig wird, sind zwingend die damit verbundenen Auswirkungen darzustellen. Werden Ausweich-verkehre in Anliegerstraßen und / oder eine unzureichende Kapazität der Ausfallstraßen besonders in den Hauptverkehrszeiten erwartet, muss die geplante Wegeföhrung für die Haupttrouten nach Anlage 1 für den Fahrradverkehr überprüft und angepasst werden können.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt -

Dem Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (11099/2014-2020) wird, unter Berücksichtigung der eingangs von Herrn Rees dargelegten Korrektur, mit Mehrheit zugestimmt.

Über den Beschlussvorschlag der Verwaltung, mit der beschlossenen Änderung durch den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter Punkt 2, fasst der Betriebsausschuss somit folgenden

Beschluss:

1. Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb empfiehlt dem Rat, das Radverkehrskonzept mit dem Zielnetzplan (Anlage 1) und den unter Punkt 3 genannten Qualitätskriterien für die Radverkehrsförderung zu beschließen.
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2020 die unter Punkt 4 genannten Konzeptbausteine in eine Umsetzungsstrategie zu überführen, die sicherstellt, dass die sich daraus ergebenden Maßnahmen spätestens bis 2025 bzw. für die infrastrukturellen Maßnahmen bis 2030 abgeschlossen sind.*
3. In 2025 ist mit einer Modal Split Erhebung und der erneuten Durchführung eines BYPAD-Prozesses (Bicycle-Policy-Audits - Wirkungsprüfung der Radverkehrsförderung) die Wirkung der erfolgten Maßnahmen zu überprüfen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 5.1 **Änderungsantrag zur Umsetzung der BYPAD-Ziele**
(Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
19.05.2020)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 11099/2014-2020

Der Antrag ist zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 5 beraten und abgestimmt worden.

Zu Punkt 5.2 **Antrag zur Umsetzungsstrategie**
(Antrag der FDP-Gruppe vom 09.06.2020)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 11127/2014-2020

Der Antrag ist zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 5 beraten und abgestimmt worden.

Zu Punkt 5.3 **Antrag zur Umsetzung der BYPAD-Ziele**
(Antrag der CDU-Fraktion vom 18.06.2020)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 11167/2014-2020

Der Antrag ist zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 5 beraten und abgestimmt worden.

Zu Punkt 6 **Neubau der Hauptfeuer- und Rettungswache**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 11038/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt:

- 1. Dem Neubau der Hauptfeuer- und Rettungswache auf dem Grundstück Eckendorfer Straße / Feldstraße wird zugestimmt.**
- 2. Das Bestandsgebäude (Bauteil 1999) der derzeitigen Hauptwache, das als Riegel auf dem Grundstück „Am Stadtholz“ errichtet wurde, soll nach Fertigstellung des Neubaus für die Zwecke der Freiwilligen Feuerwehr, der Jugendfeuerwehr und des ABC-Zuges weiter genutzt werden. Das übrige Grundstück soll neu geordnet und mit einer dem Umfeld entsprechenden Nutzung inclusive Wohnbebauung neu entwickelt werden.**

3. Die Verwaltung wird aufgefordert, alle notwendigen Schritte zu veranlassen, um ein Projektvolumen von max. 100 Mio. € einzuhalten oder zu unterschreiten. Über den Projektfortschritt und die Kostenentwicklung ist den Fachausschüssen regelmäßig zu berichten.
4. Der Durchführung eines Totalunternehmerverfahrens für die Planungs- und Bauphase wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Beschleunigungskonzept für die energetische Bestandssanierung und Klimaneutralität für städtische Gebäude (mündlicher Sachstandsbericht)

Anhand einer Präsentation (der Niederschrift als Anlage beigefügt) stellt Herr Peter einen Zwischenbericht zum Beschleunigungskonzept für die energetische Bestandssanierung und Klimaneutralität für städtische Gebäude vor.

Im Gegensatz zu den Einsparungen des Gesamtverbrauchs von Wärme im Vergleich der Jahre 2008 und 2018 bei Schulen und Verwaltungsgebäuden (Folie 8), sei bei den Kindertagesstätten eine Zunahme in Höhe von neun Prozent zu verzeichnen. Begründet werden könne dies unter anderem mit einer Ausweitung der Ganztagsbetreuung in den Kindertagesstätten.

Nachdem nunmehr die Aufgabenstellung, die Datengrundlage und die Absprunglinie eindeutig festgelegt werden konnten, werden im nächsten Schritt die Möglichkeiten der CO₂-Reduzierung in den unterschiedlichen Wirkungsbereichen im ISB-Portfolio (Gebäude, Eigenenergieerzeugung, Energiewechsel und Nutzerverhalten) untersucht.

Auf Nachfrage von Herrn Rees bestätigt Herr Peter, dass es sich bei den Angaben um absolute Werte handle und noch ein Flächenbezug hergestellt werden müsse.

In diesem Zusammenhang möchte Herr Thole wissen, ob sich die Anzahl der Gebäude von 2008 überhaupt mit 2018 vergleichen lasse.

Laut Herrn Bültmann habe sich die Gebäudeanzahl über die Jahre nicht grundlegend geändert, allerdings habe es einen Zugewinn an Fläche gegeben (zum Beispiel im Hinblick auf Anbauten für den Offenen Ganztag).

Herr Rees bedankt sich für den Vortrag. Positiv stimme ihn insbesondere, dass die Verwaltung das Ökozentrum Hamm zur Unterstützung herangezogen habe und mehr Transparenz geschaffen werde. Es gelte, mit dem wirtschaftlichsten Mitteleinsatz den größten Effekt zu erzielen. Dafür biete sich zurzeit die Errichtung von Photovoltaikanlagen an. Neubauten müssten energetisch konstruiert, während Bestandsgebäude mit kritischem Blick auf die Wirtschaftlichkeit saniert werden müssten.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegen keine Berichte vor.

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

gez. Sternbacher, Vorsitzender

gez. Weigandt, Schriftführung